

**XXII. Versammlung des  
Deutschen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege,  
Karlsruhe, 14.—17. September 1897.**

In Karlsruhe tagte in der vorigen Woche unter aussergewöhnlich starker Betheiligung — die Präsenzliste wies 378 Namen auf — der Deutsche Verein für öffentliche Gesundheitspflege. Ein besonders hoher Antheil an dem Besuch entfiel diesmal auf die Vertreter der Städte, wozu der Umstand beigetragen haben mochte, dass an dem der Versammlung vorausgehenden Tage, von Oberbürgermeister Rümelin (Stuttgart) zusammenberufen, eine Conferenz von Vertretern der deutschen Städte im Beisein des deutschen Reichscommissars die Frage einer Collectivbeschickung der Pariser Weltausstellung von 1900 berathen hatte. So waren u. a. Aachen, Altona, Barmen, Cassel, Chemnitz, Danzig, Essen, Frankfurt a. M., Halle a. S., Karlsruhe, Kiel, Köln, Magdeburg, Mainz, Strassburg i. E., Stuttgart, Worms durch ihre Oberbürgermeister klangvoll vertreten, und kaum eine von den grösseren Städten hatte es unterlassen, irgend einen Decernenten abzuordnen. Weniger vollzählig als sonst wohl betheiligten sich diesmal die Leiter der Institute und Vertreter der wissenschaftlichen Hygiene an der Versammlung; von den Erschienenen nennen wir Forster (Strassburg), Gaffky (Giessen), C. Fränkel (Halle), v. Esmarch (Königsberg), Gärtner (Jena), Schottelius (Freiburg), Dunbar (Hamburg), Nussbaum (Hannover), als sonstige namhafte Vertreter des ärztlichen Standes die vortragenden Räte aus dem preussischen Cultusministerium, DDr. Pistor und Schmidtman, Reg.-Rath Dr. Kübler vom Reichsgesundheitsamt, den Präsidenten des Königl. Sächsischen Landes-Medicinalcollegiums Geheim-

rath Dr. Günther, die Medicinalreferenten im Grossherzogth. Badischen Ministerium des Innern Ober-Med.-Rath Dr. Arnsperger und Geh. Rath Dr. Battlehner, die Geh. Sanitätsräthe Dr. Leut (Köln) und Dr. Spiess (Frankfurt a. M.), Med.-Rath Dr. Reincke (Hamburg). Die Technik war vertreten durch Ober-Baurath Prof. Dr. Baumeister (Karlsruhe), Baurath Stübßen (Köln), Obergeringieur Andreas Meyer (Hamburg), Baurath Herzberg (Berlin), Ingenieur Lindley (Frankfurt a. M.) u. a.

Wesentlich zu der starken Beschickung des Congresses durch die Städte hatte gewiss auch der Umstand beigetragen, dass von den zur Verhandlung stehenden Themen drei ein intimeres Interesse für die städtischen Verwaltungen besaßen: Die getrennte Abführung der Meteorwässer bei der Canalisation der Städte; Schulgebäude im Pavillonssystem; Wohnungsdesinfection — alles dreies Fragen, deren Lösung die Vertreter der Gemeinden wohl mit einiger Spannung entgegenzusehen mussten. Und die Behandlung aller dreier brachte denn auch allerlei Interessantes, wenn auch bezüglich der positiven Ergebnisse Mancher nicht auf seine Rechnung gekommen sein mag.

Wer seit Jahren die Congresse des Vereins für öffentliche Gesundheitspflege besucht und seine Verhandlungen einigermaassen verfolgt hat, wird ein gewisses Erstaunen nicht haben unterdrücken können, als er die Thesen der beiden Referenten in der Frage der **getrennten Abführung der Meteorwässer**, Prof. Gärtner (Jena) und Baurath Herzberg (Berlin), zu Gesicht bekam. Wir lassen sie ihrer prinzipiellen Bedeutung wegen hier wörtlich folgen:

1. Die Abführung der Fäcalien und der Abwässer entspricht zur Zeit in den meisten Städten nicht den Ansprüchen, die vom hygienischen Standpunkt aus gestellt werden müssen.

2. Die Schwemmcanalisation ist in vorzüglicher Weise geeignet, die Schmutzstoffe und die Regenwässer aus den Städten zu entfernen; insbesondere bei starken Regengüssen, erhebliche Schwierigkeiten. Ausserdem ist ein vollständig durchgeführtes Schwemmsystem für Regen- und Abwässer in Anlage und Betrieb in der Regel für mittlere und kleine Städte zu theuer.

3. Der Einleitung des Regenwassers von den Strassen und Dächern in die offenen Wasserläufe stehen hygienische Bedenken im allgemeinen nicht entgegen.

4. Die Einführung von Trennsystemen — gesonderte Abführung der Meteor- und indifferenten Industrierwässer einerseits, wozu unter Umständen selbst eine geordnete oberirdische Ableitung genügen kann, und der Fäcalien, Hausabwässer und differenten Industrierwässer andererseits — bedeutet gegen den jetzigen Zustand in den meisten Städten einen wesentlichen Fortschritt.

5. Das Trennsystem hat gegenüber dem jetzt üblichen gemeinschaftlichen System den Nachtheil, dass es bei Regenwetter den gesammten Strassenschmutz den Wasserläufen zuführt, während das gemeinschaftliche System bei starken Regengüssen nur einen Theil des Strassenschmutzes durch die Nothauslässe abgibt, in diesen Fällen allerdings vermisch mit den Hausabwässern und Fäcalien; letztgenannter Uebelstand kann unter Umständen schlimmer als der erstgenannte sein. — Dass durch das Trennsystem bei der Berieselung ein grösserer Theil von Pflanzennährstoffen verloren geht, ist nicht von Bedeutung.

6. Das Trennsystem hat gegenüber dem gemeinschaftlichen System die Vortheile, dass es bei in der Regel wesentlich geringeren Anlagekosten des Canalnetzes a) kleinere Maschinen, kleinere Kessel und engere Rohre zur Entfernung der Abwässer gebraucht; b) kleine Rieselfelder erfordert; c) einen gleichmässigeren und deshalb billigeren Maschinen- und Rieselbetrieb ermöglicht — ersteren in der Regel nur als Tagesbetrieb; d) bei Anlage von Klärbecken diese kleiner zu dimensioniren gestattet; e) im Falle chemischer Klärung wegen des gleichmässigen Betriebes mit weniger Desinfections- und Klärmitteln eine grössere Sicherheit des Erfolges ergibt; f) in sehr vielen Fällen, vor allem bei Vorsorge für eine facultative chemische Klärung und obligatorische Desinfection aller Abgänge der infectiösen Kranken, mit einer mechanischen Klärung besser auszukommen ist als bei dem gemeinschaftlichen System.

7. Ob ein getrenntes oder ein gemeinschaftliches System in einer Stadt einzuführen ist, muss in jedem einzelnen Falle, unter Würdigung der hygienischen, wirtschaftlichen, lokalen und sonstigen Verhältnisse, besonders untersucht werden, wobei eine objective, vergleichende Berechnung der Betriebs- und Anlagekosten für beide Systeme nicht fehlen darf.

Diese Thesen vorgetragen und begründet in einer Gesellschaft, die bislang stets mit der ganzen Wucht ihrer einflussreichen Stellung für das combinirte Schwemmsystem eingetreten ist, bedeutet das nicht geradezu Ketzerei? Aber wir haben es bereits in der Wasserfrage erlebt, dass der Wandel der Zeiten die scheinbar unerschütterlichsten Grundgesetze zu erschüttern vermocht hat, und so war gewiss mancher Stadtbaurath, der, der Noth gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, für seine Stadt ein Trennsystem projectirt hatte, mit der Hoffnung nach Karlsruhe gekommen, dass die strenge Wissenschaft sein frevels Unterfangen sanctioniren werde. Ganz ist diese kühne Hoffnung nun zwar nicht erfüllt. Trotz Herrn Gärtner's beredtem Plaidoyer kam infolge der warnenden Stimmen, die vor allen Baumeister, dann Lindley, der die schärfste Lanze für das alte combinirte System brach, Stübßen, Andreas Meyer erhoben, unter Ablehnung der Thesen nur ein Compromiss zustande, dahin gehend, dass unter Umständen das Trennsystem Vorzüge haben könne, dass aber seine unterschiedslose Empfehlung nicht zu Recht bestehe und für die Wahl des Systems vorwiegend örtliche Verhältnisse den Ausschlag geben. Aber doch ein Compromiss! Die Gärtner'schen Thesen 3 und 4, denen allerdings C. Fraenkel mit einiger Schärfe widersprach, bedeuten immerhin einen starken Riss in vermeintlich feststehende Anschauungen, und wer weiss, wie sich das Blatt noch wenden kann.

Der zweite in ein wichtiges Gebiet der communalen Verwaltung eingreifende Verhandlungsgegenstand betraf die Frage eines etwaigen Systemwechsels im **Schulhausbau**. Die Veranlassung zur Aufwerfung dieser Frage gab der Umstand, dass in Ludwigshafen vor einigen Jahren, wie wir im Laufe der Debatte hörten, infolge einer augenblicklichen Nothlage, ein Schulhausbau im „Pavillonssystem“, d. h. ein Complex ebenerdiger Schulhausbauten zu je zwei Classen errichtet wurde. Die Erfahrungen, die man in Ludwigshafen mit dem Bau gemacht hat, ermutigten zu einer Erörterung der Frage, ob eine Nachahmung des Systems unter Umständen empfohlen werden könne. Prof. Nussbaum (Hannover) hatte es übernommen, die Discussion einzuleiten, und hatte die Vorzüge des Systems in folgenden Sätzen zusammengefasst:

1. Gegenüber der Corridorbauart bietet die Anlage der Schulen im Pavillon-System folgende Vorzüge:

a) Der von vornherein geräumig zu wählende Platz gewährt Gelegenheit zum ungestörten Tummeln, Jugendspielen u. a.

b) Die Anlage von Einzelhöfen (für jede Classe) ist ermöglicht, ohne ihnen die Zufuhr von Sonnenlicht und Luft irgend zu verkümmern. Durch Baumschlag kann für schattige Ruheplätze, durch Wiesengrund für Staubfreiheit Sorge getragen werden.

c) Grösse des Platzes und Bauart bieten vereinigt den Vortheil, dass die Schule jederzeit erweiterungsfähig ist. Es brauchen zunächst nicht mehr Säle errichtet zu werden, als beim Eröffnen erforderlich sind.

d) Die Störungen des Unterrichts durch das Enganeinander- und Uebereinanderliegen der Schulsäle werden auf das denkbar niedrigste Maass beschränkt.

e) Der verschiedenartigen Zahl der Schüler entsprechend können die Lehrsäle in ihren Ausmassen beliebig wechseln, wodurch wesentliche Ersparnisse möglich sind. In den Gebäuden der jetzigen Bauart ist diese Anordnung schwer zu erreichen, weil die Grösse der Säle des Erdgeschosses maassgebend zu sein pflegt, diese aber ausschliesslich den kleineren Schülern dienen müssen, um ihnen die Mühe des Treppensteigens zu erleichtern.

f) Beim Auftreten ansteckender Krankheiten ist das etwa erforderliche Schliessen eines zweiklassigen Gebäudes leichter durchführbar und weniger störend als das Schliessen der ganzen Anstalt. Die Trennung zwischen den Familien der im Schulgebäude etwa wohnenden Beamten oder Unterbeamten und den Schülern ist von vornherein gegeben, weil für jene ein besonderes Gebäude aufgeführt wird, welches Lehrsäle nicht enthält und einen besonderen Ausgang (nach der Strasse) bekommt.

g) Treppen sind nicht erforderlich, und die Gebäude lassen sich beim Auftreten einer Gefahr binnen kürzester Frist räumen — im äussersten Falle unter Mitbenutzung der wenig über dem Erdboden befindlichen Fenster.

h) Die Lüftung wird durch diese Bauart wesentlich erleichtert und die Güte der zuströmenden Luft verbessert, weil der freie, gärtnerisch gepflegte Platz kühlend und staubreinigend auf sie zu wirken vermag.

i) Der Tageslichteinfall wird (bei richtiger Anlage) den Lehrsälen nirgends verkümmert.

k) Schulen für Knaben und Mädchen können auf dem gleichen Gelände errichtet werden, ohne diese in Berührung zu führen, oder es können die sämtlichen (verschiedenartigen) Schulen eines Stadtbezirks auf einem Gelände vereinigt und doch völlig von einander abgetrennt werden, indem man die Eingänge nach verschiedenen Strassen legt. Hierdurch erzielt man einen grossen, zusammenhängenden Platz, dessen Vorzüge in Hinsicht auf die Güte der Luft und den freien Einfall des Himmelslichtes seiner Ausdehnung entsprechend wachsen, während er dem Stadttheil als „Lunge“ zu dienen vermag und seine Lage die unvermeidlichen Störungen für die Anwohner jeder Schule auf das denkbar niedrigste Maass herabführt.

2. Die dieser Bauart bisher entgegenstehenden Einwände wirthschaftlicher Art sind hinfällig geworden durch die in Ludwigshafen a. Rh. errichtete Schule (Architekt: Stadtbauinspector Beutner), sobald der Ankauf des Geländes rechtzeitig erfolgt. Ferner hat dort der Befund erwiesen, dass die Heizung der dreiseitig freistehenden, unmittelbar über dem Erdboden befindlichen Lehrsäle nicht auf Schwierigkeiten stösst, weil ihre Bauart diesen Verhältnissen Rechnung getragen hat.

3. Der gegenwärtig recht fühlbare Mangel unserer Schulsäle — die Enge und der geringe Luftgehalt — lässt sich durch diese Bauart vermeiden, sobald man sich entschliesst, die Zimmerdecke in das Kehlgebälk des Daches zu verlegen und den unmittelbar über den Fenstern befindlichen Theil der Dachschräge als Oberlicht auszubilden. Hierdurch wird es möglich, eine Tiefe des Raumes anzuwenden, welche die (einzig richtige) Anordnung von Einzelsitzen gestattet, ohne eine ungenügende Belichtung der den Fenstern fernliegenden Sitzplätze befürchten zu müssen, während ohne Mehrkosten eine bedeutende Raumhöhe erzielt wird.

Die Discussion brachte eine grosse Zahl schwerwiegender Einwände gegen das System zutage, die namentlich auf wirthschaftlichem Gebiete liegen, und nur bedingungsweise wurde für kleinere, sich langsam entwickelnde Orte, deren Entwicklung man einigermaassen im voraus übersehen könne, die Möglichkeit seiner Durchführung zugegeben und die Sammlung weiterer Erfahrungen empfohlen.

Zu einem erbitterten Meinungsstreit zwischen Hygienikern und Verwaltungsbeamten führte die Erörterung der dritten Frage, die der **Wohnungsdesinfection**. Wir sehen von einer Wiedergabe der von Professor v. Esmarch (Königsberg) und Oberbürgermeister Zweigert (Essen) aufgestellten, vielfach von einander abweichenden Thesen ab und constatiren nur, dass der Gegensatz zwischen den theoretischen Anforderungen der Hygiene an eine zuverlässige Wohnungsdesinfection und der praktischen Ausführbarkeit derselben noch lange nicht ausgeglichen ist. Nur in dem einen Punkte, den der Vertreter der Fürstlich Reuss'schen Stadtgemeinde Gera zum schärfsten Ausdruck brachte, waren fast alle

Redner einig, dass das in Preussen — nicht in Reuss — heute noch geltende Regulativ vom Jahre 1835 nicht mehr geeignet sei, als Grundlage für Polizeiverordnungen zu dienen, die das Desinfectionsverfahren nach den Ergebnissen der modernen bacteriologischen Forschung regeln wollen.

Von den übrigen zur Erörterung stehenden Fragen erregte das allgemeine Interesse die der **Nahrungsmittelverfälschung und ihrer Bekämpfung**, in der Oberbürgermeister Rümelin (Stuttgart) gleichzeitig auch Namens des durch Krankheit am Erscheinen verhinderten Professor Dr. Beckurts (Braunschweig) als Referent auftrat. Die Leitsätze, die er aufgestellt hatte, lauteten:

1. Die deutschen Particularstaaten, sowie die grösseren Gemeinden sollten von dem ihnen zustehenden Rechte zur Erlassung landesrechtlicher bezw. ordsstatutarischer Vorschriften über den Verkehr mit Nahrungs- und Genussmitteln einen vielseitigeren und ausgedehnteren Gebrauch machen.

2. Für die Untersuchung und Beurtheilung von Nahrungs- und Genussmitteln ist die Aufstellung einheitlicher Normen für das ganze Deutsche Reich anzustreben, wie es durch die Beschlüsse der auf Anregung des Kaiserl. Gesundheitsamtes einberufenen Commission deutscher Nahrungsmittelchemiker bereits angebahnt ist.

3. Schon bei der Probeentnahme zur Untersuchung bestimmter Nahrungs- und Genussmittel sollten geprüfte und vereidete Nahrungsmittelchemiker mitwirken, soweit nicht ausschliesslich hygienisch thätige Stadtärzte kontrollirend einzugreifen berufen sind.

4. Die Einführung einer methodischen und einheitlichen Untersuchung und Beurtheilung von Nahrungs- und Genussmitteln hat aber die Errichtung von öffentlichen Untersuchungsstellen zur Voraussetzung. Dieselben sind für die Einzelstaaten und Provinzen in staatlicher, bezw. provinzieller Organisation, für die grösseren Städte aber in kommunaler Organisation anzustreben. Bei solchen öffentlichen Untersuchungsanstalten sollte die Untersuchung freiwillig gestellter Nahrungs- und Genussmittel nicht durch die Erhebung hoher Gebühren erschwert werden.

5. Sämmtliche unter die Bestimmung des Nahrungsmittelgesetzes fallende und aus dem Auslande eingehende Waaren sollten schon bei dem Eintritt in den freien Verkehr bei den Zollämtern kontrollirt werden. Hierzu ist die Anstellung von geprüften Nahrungsmittelchemikern wenigstens bei den Hauptämtern im Innern und an der Grenze dringend nothwendig. Erscheinen diesen die Waaren verfälscht oder minderwerthig, so haben dieselben zweckentsprechende Proben derselben zu entnehmen und der nächsten zuständigen Untersuchungsstelle zur Veranlassung des Weiteren zu übergeben.

In die erste Linie unter den Bekämpfungsmitteln der Nahrungsmittelverfälschung stellte der Referent die in der ersten These angedeuteten Controllbestimmungen, die zur unbedingten Voraussetzung die Errichtung unabhängiger Untersuchungsämter haben, für die der Referent im Gegensatz zu der bekannten Auffassung der preussischen Regierung, die es prinzipiell ablehnt, staatlicherseits Mittel für die Zwecke derselben zur Verfügung zu stellen, die staatliche Unterstützung in Anspruch nimmt. Erheblichen Widerspruch fand nur die These 5 des Referenten, hinter der einige Redner sogar das agrarische Gespenst zu wittern vermeinten. Die Vertretung der selbständigen öffentlichen Chemiker Deutschlands benutzte die Gelegenheit zu einem von einer Seite nicht sehr geschmackvoll geführten Vorstoss gegen die öffentlichen Untersuchungsanstalten, der von Prof. Dr. Engler (Karlsruhe) und dem Referenten energisch zurückgewiesen wurde. Eine Abstimmung über die Thesen fand wie über die sämmtlichen übrigen Leitsätze nicht statt.

Das vortrefflich durchgearbeitete Referat von Med.-Rath Professor Dr. Tuczek (Marburg), sowie die von demselben aufgestellten Leitsätze zu der in letzter Zeit so häufig auf Congressen discutirten Frage der **Bekämpfung des Alkoholmissbrauchs** brachten keine wesentlich neuen Gesichtspunkte, weshalb wir von einer Wiedergabe der letzteren absehen, und die kurze sich daran schliessende Discussion kam nicht über die Empfehlung einiger Ersatzmittel des Alkohols hinaus, ohne sich in die hier vorliegenden bedeutungsvollen sozialen Probleme zu vertiefen.

Das — auch zeitlich — letzte Referat hielt in vorgeschrittener Stunde des dritten Verhandlungstages Geh. Rath Dr. Battlehner (Karlsruhe) über die **Verbreitung von ansteckenden Krankheiten in Badeorten und Sommerfrischen und ihre Bekämpfung**, das in folgenden Leitsätzen gipfelte:

1. Die Möglichkeit, dass Besucher ansteckende Krankheiten in Bäder und Sommerfrischen mitbringen und sie verbreiten, ist viel geringer als das Gegentheil.

2. In Badeorten und Sommerfrischen müssen mindestens dieselben gesundheitspolizeilichen Vorschriften zur Geltung gebracht werden, wie in anderen, namentlich verkehrsreichen Orten.

3. Eines der wichtigsten Mittel zur Verhütung von Uebertragung und Verbreitung ansteckender Krankheiten ist die von den Aerzten auszuführende Anzeige derselben. Die Anzeigepflicht für ansteckende Krankheiten ist daher den Aerzten überall aufzuerlegen, wo sie noch nicht besteht.

4. In jedem Badeorte und in jeder Sommerfrische muss Gelegenheit gegeben sein, unter Umständen einen Desinfectionsapparat benützen zu können.

5. In Badeorten und Sommerfrischen müssen gut unterrichtete Desinfectoren aufgestellt sein.

6. Für die in Badeorten und Sommerfrischen während ihres Aufenthalts gestorbenen Besucher muss für die erste Unterbringung der Leiche ein geeignetes Gebäude (Leichenhalle, Leichenkammer) bereit gestellt sein.

Zu einer sehr angeregten Discussion darüber kam es nicht mehr, weil sich die allgemeine Ermüdung bereit allzusehr fühlbar machte, und es

dürfte Mauchem ergangen sein wie Ihrem Berichterstatter, der bei dieser Gelegenheit nicht zum ersten Mal auf den Congressen des Vereins für öffentliche Gesundheitspflege den Eindruck erhalten hat, dass es eine allzu grosse Anforderung an die Aufnahmefähigkeit bedeutet, drei Tage lang in sechs- bis siebenstündiger Sitzung je zwei umfangreiche Verhandlungsgegenstände verdauen zu müssen, von denen jeder einzelne für ein Tagewerk ausreichen würde. Vielleicht entschliesst sich der neu gewählte Ausschuss, der für das nächste Jahr aus den Herren Geh. Sanitätsrath Dr. Lent (Cöln), Oberbürgermeister Fuss (Kiel), Obergeringieur Andreas Meyer (Hamburg), Geh. Med.-Rath Prof. Dr. Gaffky (Giessen), Stadtbaurath Genzmer (Halle), Oberbürgermeister Zweigert (Essen) besteht, für die nächstjährige Cölner Versammlung das Thema etwas knapper zu bemessen.

Dr. H. Albrecht (Gross-Lichterfelde.)